



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

H., O.: Federstriche : Theosophie auf Aktien

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Federstriche

### Theosophie auf Aktien

Entgegen der Steinerschen Theorie von der säuberlichen Trennung des Geistigen von der Wirtschaft und der Wirtschaft von der Politik hat dieser geschickte Sektengründer sich jetzt an die Spitze einer Aktiengesellschaft gesetzt, die unter dem Titel „Der kommende Tag, Aktien-Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte, Stuttgart“, stark an Tekels Ablaßkasten erinnert: „Wenn<sup>7</sup> das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Fegfeuer springt.“ Nach sachmännischer Beurteilung sind die finanziellen Methoden Steiners hierbei sehr fragwürdig, sodaß gläubige Adepten zur Vorsicht gemahnt werden müssen. Allerdings ist die von Steiner hiermit betretene Bahn vielleicht der sicherste Weg zur Selbstauflösung der neuen Bruderschaft. Finanzieller Dazujammer pflegt wenigstens schwärmerische Bruderschaften rascher aufzulösen als die Verworenheit der Ideen, an denen sie sich berauscht. In Prospekten, die Steiner an eine anscheinend sehr große Zahl von Privatleuten verschickt hat, werden 25 Millionen 5%ige Darlehnscheine ausgeben. Die Aktiengesellschaft hat das Recht, diese Scheine jederzeit in Aktien umzuwandeln. Da die erste Million der Aktien mit einem 25fachen Stimmrecht ausgestattet ist, so wahrt sich Herr Steiner mit seinem Stab die Macht, die Darlehnsgeber jederzeit auch ohne deren Wunsch und Willen in Teilhaber der Aktiengesellschaft umzuwandeln. Wer dem Unternehmen einmal Geld geliehen hat, kann sich nicht leicht aus ihm zurückziehen, da die Übertragung und selbst die Verpfändung der Aktien an die Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat, d. h. wiederum Herrn Steiners und seines Stabes gebunden ist. Ob die von der Gesellschaft erworbenen wirtschaftlichen Unternehmungen aus schlecht gehenden Firmen bestehen, die ihre Rettung im Anschluß an Steiner suchen, oder ob es sich um gut rentierende Anlagen handelt, läßt sich aus dem Prospekt nicht nachprüfen. Der Prospekt zählt eine bunte Blütenlese von Beteiligungen auf: eine Maschinenfabrik, eine Nahrungsmittelfabrik, ein Dlschieferwerk, verschiedene Handelsgesellschaften, eine „erstklassige“ Familienpension, einen Verlag, landwirtschaftliche Güter, Häuser Grundstücke, eine Getreide- und Olmühle, ein Sägewerk, ein Forschungsinstitut, eine Klinik. Alle Achtung vor der ihmischen Anwendbarkeit der Theosophie! Der Prospekt verspricht wundervolle Verzinsung, Risikoverteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie, Sicherstellung gegenüber auch schwersten wirtschaftlichen Krisen. Das für Sektener unerschöpflich glaubens- und opferfreudige Württemberg wird also einen neuen Priesterwirtschaftsstaat entstehen sehen. Wenn die Theosophie eine gesunde Bewegung wäre, so müßte man es bedauern, daß die geschäftliche Ausmünzung guten Glaubens unvermeidlich eine Enttäuschung nach sich ziehen muß. Da wir aber die Steinersche Kirche für keine erfreuliche Bildung zu halten vermögen, so ist es vielleicht im Interesse der Klärung zu begrüßen, daß jetzt die neue Religion aus Aposteln Generaldirektoren macht.

### „Dem einen ist sie die milchende Kuh“

Mit dem edlen Haß des verantwortungsbewußten Erziehers gegen das Schlechte und mit dem bestechlichen Blick des geschulten Spezialkenners stellte der Tübinger Kunsthistoriker das „Kino der Gegenwart“ vor uns hin.<sup>\*)</sup> Lange, der Ästhetiker der Illusionen, der in der bewußten Selbsttäuschung das Wesen der Kunst erblickt, weiß die kitschige Vermengung von Natur und Illusion im Kinodrama kunstkritisch an der Wurzel zu treffen. Die ästhetische Mißbildung des Volkes wird aber nach Langes Auffassung durch die ethischen Greuel weit übertroffen. Lange, der selbst in der staatlichen Kinopolitik eine führende Rolle eingenommen hat als einer der Urheber des ersten deutschen Kinogenursgesetzes, bleibt bei der Kritik an den bestehenden Zuständen, z. B. an der unzweckmäßigen

<sup>\*)</sup> Conrad Lange, Das Kino in Gegenwart und Zukunft.

Zentralisierung der Filmzensur in Berlin, an der lahmen Handhabung der Zensur und an der sonderbaren Beteiligung der Kapitalinteressenten der Filmindustrie an derselben Zensur nicht stehen; er sieht auch Zukunftsmöglichkeiten. Die Kinotheater müssen nach seiner Forderung verstaatlicht und die Filmherzeugung verstaatlicht werden. In der Tat liegt hier ein großer Ansatzpunkt für die Kulturpolitik eines seiner Verantwortung bewußten Staates, und wenn der Staat heute zu schlapp, zu feige oder zu verkommen ist, um diese Pflicht zu sehen und diese Möglichkeit zu meistern, so müssen wir unbeirrt an der Sozialisierung dieses Gebietes festhalten, das von allen, über die gesprochen wird, das Sozialisierungsreifeste ist. Mit großem Lärm fällt natürlich das Kinokapital über Lange her, und die Anpöbeleien, denen sich der mutige Gelehrte durch seinen Vorstoß gegen empfindliche Gewinninteressenten ausgesetzt hat, spritzen bezeichnenderweise bis in so vornehme Organe wie die „Berliner Börsenzeitung“ empor. Dort glaubt ein Herr Erwin Geparad aus der Tatsache, daß er tausend Filme selbst gesehen hat — wie muß es im Gehirn des Herrn Geparad danach aussehen! —, Herrn Lange Borniertheit, Banausentum, Unkenntnis und was sonst nicht alles vorwerfen zu dürfen, selbstverständlich auch in niedriger und in völlig sinnloser Weise Herrn Lange von der pekuniären Seite her ironisieren zu können, wobei Herr Geparad freilich das eigene finanzielle Interesse, das ihn zu dem Martyrium der tausend Filme geführt hat, sorgfältig unterdrückt. Es ist keine erfreuliche Gegnerschaft, die sich Lange auf den Hals gezogen hat, und er war sich dessen zweifellos schon im Augenblick bewußt, da er dieses Wespennest anstach. Aber hier ist eine der Stellen, wo politisch rechtsgerichtete Kreise gut und gern mit der Sozialdemokratie an der Lösung einer unumgänglichen Zukunftsaufgabe bei der Wiedergenerierung unseres Volkes zusammen arbeiten können. Es müßte doch möglich sein, mit dem faulsten Teil der kapitalistischen Produktion, mit der Filmprostitution, fertig zu werden.

### Marietöchter

„Filles de Marie“, ein französischer Erziehungsorden. Hauptzweck: nationale Propaganda; eine Hauptarbeitsstätte infolgedessen: Belgien. Die Löwener „Filles de Marie“ brauchen aber außer den vornehmen Lehrschwestern französischer Abkunft auch dienende Schwestern. Dazu sind die Deutschen gut. Missionen streifen infolgedessen die katholischen Gegenden Deutschlands ab am Rhein und in Württemberg, daß jede Sekte von den Mormonen bis zu den Baptisten, von der Heilsarmee bis zu der Theosophie ihren Tribut zahlt. Die deutschen Schwestern dienenden Standes können nach einem halben Jahr mit den Blämmen sich verständigen; französisch lernen sie nie.

2. August 1914: die deutschen Schwestern von den Belgiern interniert. Bierzehn Tage später sind sie frei, aber auf der Flucht vor den einrückenden eigenen Landsleuten. Dann gelten sie bei ihnen als Verfehmte; besuchen sie aber ihre Verwandten in Deutschland, gelten sie hier als Spioninnen.

November 1918: abermals interniert; die Ausweisung droht. Aber der Orden kann ihren Fleiß, ihre Demut nicht entbehren; sie dürfen bleiben. Jetzt ist die Hälfte von ihnen, die aus Cupen und Malmédy stammte, mit Belgien „wiedervereinigt“, die andere Hälfte aber darf von ihrem Vaterland nie mehr sprechen. Wenn sie einmal Gelegenheit haben, unter sich zu sein, sprechen sie verstoßen ein paar Worte deutsch.

J. C. W.

### Die deutsche Einheitsfront

Vor einigen Wochen ging die geschmackvolle Nachricht durch die Presse, innerhalb des preußischen Ministeriums und auch im Schoße der Reichsregierung hätten Besprechungen darüber stattgefunden, wie man sich im Falle des Ablebens der ehemaligen deutschen Kaiserin zur Frage der Überführung der Leiche nach Potsdam zu verhalten habe. Verschiedene Minister sollen Bedenken geäußert, der Reichsverkehrsminister, ehemals königlich württembergischer General, Groener soll

Befürchtungen derart ausgesprochen haben, daß sein Personal vielleicht streiken werde, daß man mit einer Nichtabfertigung des betreffenden Zuges rechnen müsse. Da der Herr Reichsverkehrsminister, als er noch Chef des Kriegsamts war, immer sehr gut über die Stimmung in Arbeiterkreisen unterrichtet war, kann man annehmen, daß er auch diesmal über zuverlässige Informationen verfügte.

Als kürzlich in Flensburg ein neues deutsches Frachtschiff vom Stapel laufen sollte, verweigerten die Arbeiter der dortigen Werft den Dienst, weil der Großadmiral von Tirpitz die Taufe vollziehen sollte. Der Abgeordnete Müller-Franken hat im Reichstage bei der Besprechung des Alliertenuitimatums vom 5. März erklärt: „Die Arbeiterkreise in Deutschland empfinden das (nämlich einem deutschen Dampfer den deutschen Namen ‚Tirpitz‘ zu geben) als die frechste Provokation.“

Daß nach Abbruch der Londoner Verhandlungen deutsche Eisenbahnarbeiter sich geweigert haben, Ententemitglieder auf deutschen Eisenbahnen zu befördern, daß deutsche Kellner sich geweigert haben, Ententemitglieder in deutschen Gasthöfen zu bedienen, daß — doch genug, denn von alledem hat man nichts gehört. Wie soll es da möglich sein, eine Einheitsfront herzustellen. O. H.

## Aus neuen Büchern

H. Herrfahrdt, *Das Problem der berufsständischen Vertretung*. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin, 1921.

Eine fühlbare Lücke unserer staatspolitischen Literatur war es bisher, daß eine Schrift fehlte, die alle die Fragen berufsständischer Entwicklung, die uns heute so vielfältig bewegen, geordnet und geprüft hätte. Herrfahrdt hat sich mit seinem Buche: „Das Problem der berufsständischen Vertretung“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin, 1921) dieser Arbeit unterzogen. Wie vornweg bemerkt werden darf: in dankenswert klarer und übersichtlicher Form, so daß sein Werk, wenn es auch rein wissenschaftlich-theoretisch ist, für jeden Politiker einen großen praktischen Wert als Hand- und Nachschlagebuch besitzt. Der Verfasser beschränkt sein Thema auf die Zeit von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Er gibt in dem ersten Teil eine geschichtliche Entwicklung des Problems, die sich durch Kürze und Vollständigkeit auszeichnet. Ganz besonders gelungen erscheint der Abschnitt über Bismarck und seine Stellung zum Problem der berufsständischen Vertretung und ebenso die kritische Schilderung der Entwicklung des berufsständischen Gedankens unter dem Einfluß des Räteystems. Im zweiten Teile gibt der Verfasser einen systematischen Überblick des Problems, in dem die Gründe für und wider berufsständische Vertretungen und die Form derselben an Hand der vorher geschilderten geschichtlichen Entwicklung besprochen werden. Im dritten, ganz kurzen Teil zieht er praktische Folgerungen für die Gegenwart. Hier wird man ihm in allem nicht ohne weiteres folgen können.

Der große Wert des Buches liegt im ersten und zweiten Teil; auf letzteren, den Kernpunkt der ganzen Frage enthaltend, sei hier näher eingegangen:

Herrfahrdt prüft zunächst die Gründe für die Forderung berufsständischer Vertretungen in Schrifttum und Verfassungsgeschichte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Hauptpunkt, der für solche Vertretungen geltend gemacht wurde, der Gedanke, „die an Zahl schwachen, führenden Stände (hauptsächlich den Großgrundbesitz und das Besitzende und gebildete Bürgertum) gegenüber den breiten Massen besser zur Geltung zu bringen, als es im allgemeinen gleichen Wahlrecht möglich ist“. „Die freie Parteierwerbung auf der Grundlage allgemeiner politischer Ideen schien später als ein aussichtsvolleres Mittel für die führenden Gesellschaftsschichten, sich im Parlament zur Geltung zu bringen, als die ständische Gliederung, vor allem wohl, weil man sich vor Hervorkehrung der Standesunterschiede zu scheuen angefangen hatte.“ In späterer Zeit ist dann eine Einigung über das Stimmenverhältnis der Stände so gut wie unmöglich